

Und noch eine Klima-Aktivistin, die sich als Ökonomin tarnt

geschrieben von Chris Frey | 22. Juni 2026

[From Tilak's Substack](#)

Letzte Woche habe ich über Tessa Khan [geschrieben](#), die von europäischen und amerikanischen Philanthropen finanziert wird und die Gerichte nutzt, um „Net-Zero“-Maßnahmen durchzusetzen, welche die Wähler an der Wahlurne abgelehnt haben. Sie sprach im vergangenen November bei einer Veranstaltung in der Westminster Central Hall, zu der ausschließlich geladene Gäste – Politiker, Journalisten und Persönlichkeiten aus der Politik – Zugang hatten.

Diese Woche richte ich mein Augenmerk auf einen ihrer Kollegen, der bei der gleichen, nur für geladene Gäste zugänglichen [Veranstaltung](#) mit über 1.200 Politikern und Führungskräften aus der Wirtschaft im Rahmen des sogenannten „National Emergency Briefing“ (NEB) sprach – angeblich eine von „Experten geleitete“ Informationsveranstaltung zur Bewältigung der „Klima- und Energiekrise“ Großbritanniens.

Die „Informationsveranstaltung“ wurde von einer Reihe von Organisationen unterstützt, die vom National Trust und dem WWF bis hin zur National Education Union und der RSPB (Royal Society for the Protection of Birds) reichten. Von den zehn vorgestellten Rednern, die jeweils als führende Experten auf ihrem Gebiet vorgestellt wurden, wurde der Beitrag zum Thema „Wirtschaft“ Angela Francis [anvertraut](#), einer selbsternannten „Low-Carbon-Ökonomin“ und Direktorin für Policy Solutions beim WWF-UK. Das sorgfältig ausgewählte Publikum nahm ihre Botschaft mit der Ehrerbietung auf, die man einer wissenschaftlichen Informationsveranstaltung entgegenbringen würde.

Dies ist ein Muster, das mittlerweile jedem bekannt sein dürfte, der den Klima-Industrie-Komplex in UK verfolgt. Ein Veranstalter mit aktivistischem Hintergrund versammelt ein wohlwollendes Publikum, präsentiert eine Reihe renommierter Redner und lässt politische Lobbyarbeit wie eine sachliche Expertenaussage klingen. Das Format – Notfallbriefing in Westminster – wird aufgrund seiner Assoziationen mit Dringlichkeit und Autorität gewählt. Was dabei tatsächlich geboten wird, ist jedoch etwas ganz anderes: eine gut einstudierte Reihe grüner Argumente, verpackt in die Sprache der Wirtschaft, präsentiert vor einem Publikum, das keine unbequemen Fragen stellen wird, weil es nicht dazu aufgefordert worden ist.

Die Buchhalterin, der zur Grün-Ökonomin wurde

Welche Qualifikationen hat Francis? Ihre Biografie, wie sie auf der

Website der NEB und an anderer Stelle zu finden ist, folgt einem altbewährten Muster. Sie begann ihre Karriere als Buchhalterin in der Energiebranche, bevor sie in den Bereich wechselte, den sie als „Wirtschaftsentwicklung“ bezeichnet, und für die East of England Development Agency sowie das Beratungsunternehmen SQW in den Bereichen Produktivität und „kohlenstoffarmes Wachstum“ tätig war. Sie war als Regionalökonomin und Klimaattaché für das Außen- und Commonwealth-Ministerium in der Karibik tätig. Anschließend wurde sie Chefökonomin bei der Green Alliance, einer führenden Umweltorganisation, bevor sie zum WWF wechselte, wo sie heute die Bereiche Klima-, Handels- und Industriepolitik leitet. Francis – wie ihre Mitstreiter im großen staatlichen Klimazug Mariana Mazzucato und Thomas Piketty – steht in einer bekannten Tradition: der des Ökonomen als Fürsprecher, dessen Arbeit weniger eine Analyse von Abwägungen ist als vielmehr **ein Plädoyer für eine vorab festgelegte Schlussfolgerung.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

In Bezug auf Francis' beruflichen Werdegang sind mehrere Punkte erwähnenswert. Erstens ist die Green Alliance keine Forschungseinrichtung. Es handelt sich um eine Lobbyorganisation, deren ausdrücklicher Auftrag darin besteht, sich für eine grüne Politik einzusetzen. Ihr Titel dort lautete Chefökonomin, doch ihre Aufgabe bestand darin, „die wirtschaftlichen Argumente für eine kohlenstoffarme und kreislaufforientierte Wirtschaft“ zu erarbeiten – das heißt, Analysen zu erstellen, die eine bereits getroffene Schlussfolgerung untermauern sollten. Es handelt sich hierbei um eine Art von Arbeit, die oft unter dem Deckmantel der Wirtschaftswissenschaften stattfindet, bei der man jedoch vergeblich nach den Prinzipien der Wirtschaftswissenschaften sucht. Dasselbe gilt für ihre derzeitige Position beim WWF, der – unabhängig davon, was man von seiner Naturschutzarbeit hält – eine Interessenvertretung mit dem klaren Auftrag ist, Netto-Null- und naturpositive Politik voranzutreiben.

Zweitens enthält ihre öffentliche Biografie keinen Hinweis auf eine akademische Ausbildung in Wirtschaftstheorie oder quantitativen Methoden. Im Laufe ihrer 20-jährigen Karriere war sie an der Schnittstelle zwischen Interessenvertretung und Politik tätig, wobei Wirtschaftswissenschaften dabei kaum eine Rolle spielten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass ihre Ansichten nicht berücksichtigt werden sollten. Es ist jedoch zu bedenken, wenn sie – und wenn sie sich selbst – als „Wirtschaftsexpertin“ vorgestellt wird, die Parlamentariern und Führungskräften aus der Wirtschaft in der Westminster Central Hall ein „Briefing“ hält.

Die schlechten Argumente unter der Lupe

Betrachten wir anhand des veröffentlichten Protokolls ihrer Rede, was Francis bei der NEB tatsächlich gesagt hat.

Ihre erste wesentliche These lautet, dass die Märkte – in ihren Worten – „kaputt“ seien, weil sie „ein stabiles Klima, saubere Luft, frisches Wasser und Bestäuber als selbstverständlich voraussetzen“ – und dass es zur Behebung dieses Problems erforderlich sei, dass die Regierung „neue Spielregeln festlegt“. Auf den ersten Blick handelt es sich hierbei um eine Variante des klassischen Pigou-Arguments zu negativen Externalitäten: Umweltverschmutzung verursacht Kosten für Dritte, die nicht in den Marktpreisen berücksichtigt werden, und korrigierende Steuern oder Regulierungsmaßnahmen können dieses Problem grundsätzlich beheben. Das Argument ist an sich nicht falsch. Die Mainstream-Ökonomie erkennt seit einem Jahrhundert an, dass Umweltverschmutzung ein Marktversagen darstellt und dass Regierungen legitimerweise eingreifen können, um dieser einen Preis zuzuweisen.

Doch Francis lässt dabei etwas Wichtiges außer Acht. Das übliche Pigou'sche Instrumentarium – gezielte Steuern auf bestimmte Schadstoffe, handelbare Emissionszertifikate, die Korrektur einzelner negativer Externalitäten – ist etwas ganz anderes als die umfassende Neugestaltung der Marktregeln, um eine „Netto-Null“-Wirtschaft vorzuschreiben. Ersteres entspricht der orthodoxen Wirtschaftstheorie; Letzteres ist ein dirigistisches Programm zur industriellen Transformation, dessen Kosten und unbeabsichtigte Folgen, gelinde gesagt, nicht unerheblich sind. Der rhetorische Sprung – von „Märkte weisen Versagen auf“ zu „daher muss der Staat die gesamte Wirtschaft im Einklang mit grünen Zielen neu gestalten“ – ist keine Übung in wirtschaftlicher Analyse. Es handelt sich um ein politisches Programm, das als logische Schlussfolgerung getarnt ist.

Darüber hinaus verdient die Behauptung eine eingehendere Prüfung, wonach CO₂ schlicht und einfach ein „Schadstoff“ der gleichen Kategorie wie Schwefeldioxid, Stickoxide oder Feinstaub ist, als Francis ihr widmet. Wie sowohl der Princeton-Physiker William Happer als auch die CO₂-Coalition ausführlich dokumentiert haben, ist Kohlendioxid nicht toxisch, schädigt das Lungengewebe nicht und ist – wie jeder Pflanzenbiologe bestätigen wird – ein wesentlicher Bestandteil der Photosynthese. Die wirtschaftlichen Argumente für eine Besteuerung oder Begrenzung von CO₂ beruhen auf dessen hypothetischer Auswirkung auf die globale Durchschnittstemperatur über Zeiträume von Jahrzehnten – eine wahrhaft komplexe, höchst unsichere und umstrittene Angelegenheit – und nicht auf einer direkten toxikologischen Schädigung. Es analog zu Blei oder Quecksilber in der Luft zu behandeln, reflektiert eine propagandistische Darstellung, nicht aber eine sorgfältige wirtschaftliche Argumentation.

Zum Thema Kosten: das „bezahlbare“ Net Zero

Francis widmet einen Großteil ihrer Energie der Widerlegung dessen, was sie als „falsches Argument“ bezeichnet, nämlich dass sich Großbritannien die Netto-Null-Ziele nicht leisten könne. Ihre zentrale These lautet, dass die Investitionen, die erforderlich sind, um auf dem vom Climate

Change Committee (CCC) festgelegten ausgewogenen Kurs zu bleiben, sich auf etwa 4 Milliarden Pfund pro Jahr belaufen – was rund 0,2 % des BIP entspricht –, und dass diese Kosten moderat sind, größtenteils vom privaten Sektor finanziert werden können und sich ab 2041 „auszahlen“. Sie verweist zudem auf Forschungsergebnisse der Oxford Martin School und der Smith School, wonach eine rasche Energiewende weltweit 12 Billionen US-Dollar einsparen würde, verglichen mit einem Festhalten an fossilen Brennstoffen.

Diese Zahlen bedürfen einer gründlichen Prüfung, sind sie doch weitaus umstrittener als Francis es andeutet. Die eigenen Schätzungen des CCC zu den Kosten der Netto-Null-Wende wurden wiederholt nach oben korrigiert. Analysen von David [Turver](#) und anderen, wie beispielsweise Dieter [Helms](#) – der oft als Großbritanniens führender Energie-Ökonom bezeichnet wird –, kommen zu dem Schluss, dass die Gesamt-Systemkosten für den Ersatz regulierbarer fossiler Stromerzeugung durch intermittierende erneuerbare Energien, einschließlich der notwendigen Netzausbauten, Reservekapazitäten, Speichermöglichkeiten und des Nachfragemanagements, wesentlich höher sind als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. In [Deutschland](#), Europas größter Volkswirtschaft und dem Land, das den ökologischen Wandel im vergangenen Jahrzehnt am aggressivsten vorangetrieben hat, sind die Strompreise für die Industrie auf ein Niveau gestiegen, das große Hersteller dazu veranlasst hat, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern oder ihre inländischen Betriebe gänzlich zu schließen.

Die Behauptung von Oxford-Smith, dass „schneller billiger ist“, verdient besondere Skepsis. Es handelt sich hierbei um ein Modellergebnis, und Modelle sind, wie Francis selbst beiläufig einräumt, „Vereinfachungen“. Sie helfen bei der Beantwortung spezifischer Fragen, berücksichtigen jedoch nicht alle Aspekte. Das konkrete Modell, das hinter der Zahl von 12 Billionen Dollar steht – das in Oxford entwickelte [FAST-Transition-Modell](#) –, wurde dafür kritisiert, dass es die Systemintegrationskosten eines raschen Ausbaus erneuerbarer Energien außer Acht lässt: die Kosten der Intermittenz, der gestrandeten Vermögenswerte, der Engpässe in der Lieferkette sowie der sozialen Verwerfungen, die mit einem raschen Strukturwandel einhergehen. Die Behauptung, dass eine schnellere Energiewende kostengünstiger sei, ist genau die Art von Ergebnis, die kontraintuitiv klingt – und die daher die Frage aufwerfen sollte: Was hat das Modell außer Acht gelassen?

Der Kontrast zum Mainstream der akademischen Klimaökonomie ist aufschlussreich. Bjorn [Lomborg](#) stützt sich auf die Arbeiten des Nobelpreisträgers William Nordhaus und die von Nordhaus entwickelten integrierten Bewertungsmodelle. Er vertritt konsequent die Auffassung, dass die Kosten einer aggressiven kurzfristigen Dekarbonisierung – insbesondere der von den Vereinten Nationen und dem britischen CCC vertretenen 1,5-°C- und 2-°C-Ziele – den Nutzen bei angemessener zeitlicher Diskontierung erheblich übersteigen. Nordhaus' eigener „optimaler“ Verlauf der CO₂-Steuer impliziert eine Erwärmung von rund

3,5 °C bis zum Ende des Jahrhunderts – weit über den Zielen, die Francis und die NEB als nicht verhandelbare Vorgaben betrachten. Dies ist keine Randmeinung: Nordhaus erhielt den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2018 genau für diese Arbeit. Es geht nicht darum, dass Nordhaus mit Sicherheit Recht und Francis mit Sicherheit Unrecht hat. Der Punkt ist, dass die wissenschaftliche Literatur seriöse, fundierte Arbeiten enthält, die in eine ganz andere Richtung weisen als die, welche Francis selbstbewusst vorlegt – und dass diese Literatur in ihren Ausführungen völlig unberücksichtigt bleibt.

Zu den Themen Inflation und Lebensstandard

Die vielleicht auffälligste Behauptung in Francis' NEB-Vortrag ist ihre Feststellung, dass die Inflationskrise in UK nach 2022 deutlich gemildert worden wäre, hätte das Land früher eine Dekarbonisierung vorgenommen. Konkret argumentiert sie, dass die Inflation bei einer früheren Dekarbonisierung des Stromsektors um 7 % niedriger gewesen wäre, ohne den Zusammenhang zwischen fossilen Brennstoffen und den Lebensmittelpreisen über Düngemittel um 9 % niedriger und bei einer früheren Einführung von Wärmepumpen um 11 % niedriger.

Das sind außergewöhnliche Zahlen. Wären sie wahr, wären sie das überzeugendste Argument für eine rasche Dekarbonisierung, das man sich vorstellen kann: nicht nur, dass sie angeblich langfristig gut für die Umwelt ist, sondern dass sie gewöhnliche britische Haushalte vor mehreren Jahren des realen Einkommensrückgangs bewahrt hätte. Doch die empirischen Daten deuten in genau die andere Richtung. Großbritannien und Deutschland, die am stärksten in erneuerbare Energien investiert haben, verzeichneten einige der stärksten Energiepreisanstiege in Europa, als die russischen Gaslieferungen eingeschränkt worden waren – nicht, weil sie zu viele fossile Brennstoffe in ihren Systemen hatten, sondern weil sie zu viel regelbare Reservekapazität abgebaut hatten und am Rande weiterhin vom Gaspreis abhängig waren, um ihre Netze auszugleichen. Die hohen Fixkosten erneuerbarer Energiesysteme schützen die Verbraucher nicht vor Preisschocks; sie verändern lediglich die Art des Risikos. Und das Problem der Intermittenz – auf das Francis nicht eingeht – bedeutet, dass mit steigendem Anteil erneuerbarer Energien auch der Bedarf an teuren Netzausgleichsdiensten zunimmt, die letztlich von den Verbrauchern bezahlt werden.

Der NEB: Dringlichkeitsformat, aktivistischer Inhalt

Das NEB selbst verdient eine kurze Erwähnung. Es wurde von den Brüdern Simon und Nick Oldridge gegründet und von ihnen geleitet, die auf der Website der Organisation als „Klimafinanzierer und Kommunikatoren mit betriebswirtschaftlichem Hintergrund“ beschrieben werden. Unterstützt wird es vom WWF – dem Arbeitgeber von Angela Francis – sowie von der RSPB, dem National Trust und einer Vielzahl weiterer Umwelt- und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ihr erklärtes Ziel ist es, „jeden Abgeordneten über die Krise zu informieren“ und die Regierung

davon zu überzeugen, eine im Fernsehen zur Hauptsendezeit ausgestrahlte Krisensitzung zum Thema Klima abzuhalten. Im Mai 2026 wurde im Unterhaus ein „Early Day Motion“-Antrag eingebracht, der die Erkenntnisse des NEB bekräftigte.

Dies ist keine Forschungseinrichtung. Es handelt sich um eine Lobbyinitiative, die den Anschein einer Expertenrunde erweckt. Die Berufung auf einen „Notstand“ ist kein wissenschaftliches Urteil, sondern ein rhetorischer Schachzug – einer, der darauf abzielt, jede Debatte im Keim zu ersticken, indem suggeriert wird, dass das Hinterfragen der Analyse gleichbedeutend mit Leichtsinn angesichts einer drohenden Katastrophe sei. Das Format – zehn Experten, die Westminster Central Hall, ein geladener Kreis aus den „Großen und Guten“ – ist darauf ausgelegt, genau den Eindruck zu erwecken, den Francis' wirtschaftspolitischer Beitrag untermauern soll: dass die Argumente für einen raschen, umfassenden und staatlich gelenkten ökologischen Wandel so überwältigend sind, dass sie lediglich einer Informationsveranstaltung bedürfen, nicht aber einer Debatte.

Es ist stets Aufgabe der Regierung, wie Francis selbst einräumt, zwischen dem allgemeinen öffentlichen Interesse und den Interessen derjenigen zu unterscheiden, die am lautesten Lobbyarbeit betreiben. Das NEB betreibt Lobbyarbeit, und zwar auf äußerst raffinierte Weise. Eine unabhängige Überprüfung seiner wirtschaftlichen Behauptungen – jene Art kritischer Auseinandersetzung, die ein echtes parlamentarisches oder akademisches Forum bieten würde – fehlt in diesem Format auffällig. Dies ist eine bewusste Gestaltungsentscheidung, kein Versehen.

Eine Anmerkung zur epistemischen Bescheidenheit

Was der Wirtschaftsbeitrag der NEB jedoch nicht bietet ist eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Zielkonflikten. Francis präsentiert eine Reihe großer Zahlen – 4 Milliarden Pfund pro Jahr, 12 Billionen Dollar Einsparungen, 0,2 % des BIP –, als handele es sich um feststehende Fakten und nicht um Modellierungsergebnisse, die auf unrealistischen Annahmen beruhen. Und nun erfahren wir, dass der IPCC höchstselbst sein Extrem-Szenario (das als „Business as usual“ bezeichnet wird) [verworfen](#) hat.

Sie tut die Gegenargumente – dass „Net Zero“ unerschwinglich sei, dass Großbritannien nicht allein handeln könne, dass die Kosten der Energiewende die Lebenshaltungskosten in die Höhe treiben würden – als „schlechte Argumente“ ab und erledigt jedes einzelne mit wenigen Sätzen, ohne sich mit der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur auseinanderzusetzen, die diese stützt. Das Publikum in der Westminster Central Hall war nicht in der Lage, dem entgegenzutreten. Das Parlament, die Medien und die Öffentlichkeit sollten es jedoch sein. In UK mangelt es nicht an echter wirtschaftlicher Fachkompetenz. Es ist höchste Zeit darauf zu bestehen, dass diese endlich zum Tragen kommt.

A version of this article was published in the Daily Sceptic
<https://dailysceptic.org/2026/06/19/yet-another-climate-activist-masquering-as-an-economist/>

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/06/20/yet-another-climate-activist-masquering-as-an-economist/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE